

Sozialdemokrat

Zentralorgan

der tschechoslowakischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

8. Jahrgang.

Donnerstag, 22. März 1928.

Nr. 70.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährig 96.-
jährig 192.-

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourkarten.

Ersteilung mit Ausnahme des Montag täglich 100

„Konstruktiver Fortschritt“.

Der Schulminister des Bürgerblocks, also der Minister für kulturelle Reaktion, hat Dienstag im Kulturausschuß des Senates mit viel Aufwand an Worten sein kulturpolitisches Programm entwickelt. Man hat sich über die Ziele und Absichten gerade des Herrn Šodža niemals einer Täuschung hingeben. Der geistige Vater unserer internationalen Bürgerkoalition, Mittelsmann zwischen Grün und Schwarz, der Exponent östlicher Ministermanieren in einem europäischen Kabinett wurde nicht umsonst mit dem Ressort des Kulturministers betraut. Er war jener Karrierist, der den Ministerialen schmeichelt, um das für sie wichtigste Portefeuille bescheiden zu können. Wenn die große Rede, in der Šodža mit blumenreicher Sprache anzudeuten und zugleich zu verhüllen suchte, was er mit der Schule und dem gesamten Bildungswesen vor hat, besondere Beachtung verdient, so keineswegs deshalb, weil wir uns Šodža als Kulturpolitiker etwa anders vorgestellt hätten, sondern einzig deshalb, weil wir zum erstenmal ein Schulminister der Republik vor einem parlamentarischen Forum ein Programm der kulturellen Reaktion zu entwickeln wagte.

Die tschechische Bourgeoisie hat sich auf ihren Freisinn immer etwas zugute getan; auch im deutschen Lager erschien der Herrschaftsentrismus der tschechischen Bürgerklasse vielen als der Anfang einer unbedingt freiheitlichen und fortschrittlichen Wende; nicht zuletzt im Vertrauen auf die fortschrittliche, romfeindliche Gesinnung des tschechischen Bürgertums hat die tschechische Arbeiterklasse ihm lange mehr Vertrauen geschenkt, als es verdiente, hat sie an die Möglichkeit kulturellen Fortschritts im Zeichen des Burgfriedens geglaubt. Dem marxistischen Sozialisten konnte es nicht zweifelhaft sein, daß auch die tschechische Bourgeoisie sich vor Rom beugen würde, wenn einmal ihr Klasseninteresse den Frieden mit Rom erscheinen würde. Allen, die das nicht erkennen oder nicht erkennen wollten, hat es der Herr Minister Šodža mit aller Offenheit gesagt: der tschechische Fortschritt, jener berühmte „Fortschritt“, von dem einst die Versammlungsreden einer ganzen Generation tschechischer Politiker lebten, von dem es in allen Ecken wiederholte, gehörte der Geschichte an. Er war „destruktiv“, war ein zerstörendes Element und gerade gut genug, den Auflösungsprozeß des alten Österreich zu fördern. Nur weil die Kirche ein „ausgesprochenes Werkzeug ihrer politischen und nationalen Feinde bedeutet“ habe seien die Tschechen in Österreich fortschrittlich bis zur Forderung der vollständigen Trennung von Kirche und Staat gewesen.

Es ist ohne Zweifel ebenso richtig, daß die hussitische Tradition eine nationale und soziale, daß die Feindschaft der Tschechen gegen Rom eine Feindschaft gegen Sabburg und dessen mächtigste Stütze war, wie es falsch ist, von einer dauernden Feindschaft der Kirche gegen die Tschechen zu reden. Denken wir nur an die Aera Taaffe, an die fünfzehnjährige Sozialisation der Kirche und des Feudaladels mit den Alt-Tschechen! Als das Regime Taaffes und Bodenis die deutschnationalen Parteien zeugte und stark werden ließ, da war es deren ideologischer Glaubenssatz, daß Rom mit den Tschechen zur Vernichtung des Deutschtums verurteilt sei. Rom ist eben zu allen Zeiten mit dem gegangenen, der ihm jeweils die besten Dienste leisten konnte. Aber das tschechische Bürgertum war einst jung, radikal und revolutionär; darum war ihm die Bundesgenossenschaft mit Rom nur eine Episode, der gegenwärtigen Kampfes gegen den alten Feudal- und Obrigkeitssatz, gegen die Dummheit und Dummheit der Zeit, er hatte sich die gründliche Zer-

13 Naturfreunde in den Tauern verschüttet.

Furchtbare Katastrophe einer Touristengruppe unserer Wiener Genossen.

Wien, 21. März. (Eigenbericht.) Aus Salzburg wird eine schreckliche Touristenkatastrophe gemeldet, die lauter Wiener Genossen betroffen hat. Geiern unternahmen 17 Mitglieder der „Naturfreunde“ und des Wiener Arbeiter-Turnvereines einen Ski-Ausflug auf den Sonnenblid, wo sie im Zittelhaus übernachteten. Heute früh traten sie den Abstieg über die Hohe Rissel nach Kolm-Seigurn an. Beim sogenannten „Reubau“, einem alten Goldbergbau, schienen sie auf ein Schneebrett getreten zu sein, das jedoch abbrach und die Touristen mit sich in die Tiefe riß. 13 Personen wurden verschüttet, nur vier konnten sich retten. Doch sind die Überlebenden derart erschöpft, daß sie bisher keine genaueren Mitteilungen machen konnten. 35 Frequentanten eines Gendarmereisikurfaches, die in der Nähe stationiert waren, machten sich unter Leitung des bekannten Oberstenleutnants Bilgeri sofort zu einer Rettungsaktion auf; deren Arbeiten wurden aber durch den Sturm, der heute den ganzen Nachmittag in den Tauern wüthete, nahezu unmöglich gemacht. Auch die alpinen Rettungsteams von Bad Gastein und Salzburg wurden alarmiert und sind an die Unglücksstelle abgegangen. Das Schicksal der dreizehn Verschütteten scheint aber besiegelt zu sein; es besteht kaum mehr eine Aussicht auf Rettung.

Wien, 21. März. (Eigenbericht.) Die Ursache des Unglücks dürfte darin zu suchen sein, daß in der Nacht auf heute ein Wettersturz erfolgt ist. Während gestern noch eine Kälte von -25 Grad herrschte, trat heute Frühwetter ein. Infolgedessen hielt ein Schneebrett, auf das die Naturfreunde beim Abstieg traten, nicht stand, sondern brach zusammen und verursachte so die Katastrophe.

Spät abends wird gemeldet, daß die vier Geretteten entgegen den ersten Meldungen nur geringfügige Hautabschürfungen erlitten. Sie haben ihr Leben nur dem Zufall zu verdanken, daß sie die oberste Gruppe bildeten; als die Lawine

niederging, wurden sie allerdings auch einige Meter mitgerissen, konnten sich aber doch noch erhalten; alle vier haben infolge des ausgestandenen Schreckens einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten. Die anderen wurden dagegen über vierhundert Meter in die Tiefe gerissen. Einer Rettungsaktion gelang es am späten Nachmittag unter den größten Schwierigkeiten, bis etwa 500 Meter unterhalb der Abbruchstelle vorzudringen. Sie fanden lediglich einige abgebrochene Ski vor, von den Verunglückten selbst, die lauter Wiener Arbeiter sind, war keine Spur zu entdecken.

Lawinenunglück im Riesengebirge.

Krummhübel, 21. März. Am Südwesthang des Kleinen Teiches ging gestern um 3 Uhr nachmittag eine große Lawine nieder. Zwei Skiläufer, die sich auf einer Tour befanden, und war ein etwa 35 Jahre alter G. Günther und sein 18jähriger Bruder gleichen Namens aus Erdmannsdorf im Riesengebirge sind auf der Schneefläche gefahren, die plötzlich abbrach und in den Kleinen

Teich stürzte. Während der ältere Günther auf der Lawine bergabstürzte, wurde der jüngere Günther von den Schneemassen verschüttet. Bis 8 Uhr abend haben sich etwa 100 Mann an dem Rettungsversuch beteiligt, konnten den Verschütteten jedoch nicht retten. Heute um 9 Uhr früh gingen zwei neue große Lawinen nieder. Da eine dritte Lawine abzurufen droht, mußten die Bergungsarbeiten vorübergehend eingestellt werden.

Störung des blinden Autoritätsglaubens zum Ziele gesetzt. Nun hat das tschechische Bürgertum selbst einen Staat, und je mehr es sich in diesem Staat bereichert hat, je mehr es ihm ein Klassenstaat wurde, desto stärker mußte es ihn auch zum Obrigkeitssatz im alten Sinne ausbauen.

Das tschechische Bürgertum kam in seinem Klassenstaat den Fortschritt, der immer destruktiv ist, der immer Vorurteile zerstört, Gespinnster verjagt, den Glauben an die Autorität erschüttert, nicht mehr brauchen. Aber es ist ein jämmerliches Spiel mit Worten, wenn Herr Šodža das, was seine Parteien an die Stelle des Fortschritts von damals setzen wollen, als „konstruktiv“ als aufbauenden Fortschritt anpreist. Sicher war der alte Fortschritt, ist jeder Fortschritt destruktiv. Was zerstört, überholt, moralisch und schädlich ist, wirkt er unerbittlich auf den Schindanger der Geschichte. Aber indem er das Alte niederreißt, bahnt er dem Neuen den Weg, indem er zerstört, baut er auf. Weil er destruktiv war, sei er nicht auch konstruktiv gewesen? Der bürgerliche Freisinn war sicher destruktiv, als er den Glauben der Massen an die unbedingte Autorität der Kirche erschütterte, als er in seiner ersten Epoche das geozentrische Welt-System und die Philosophie der Scholastik überwand, als er später Voltaire und Diderot hervorbrachte, sich in Marat und Robespierre offenbarte; er war destruktiv, als er vor 80 Jahren das System Metternichs niederrang und im 19. Jahrhundert die Philosophie des Materialismus und die moderne Bibelkritik schuf, er war destruktiv, als er die europäischen Monarchisten untergrub; aber war denn der bürgerliche Fortschritt nicht konstruktiv, als er auf den Trümmern zerstörter Staaten und entthronter Autoritäten die moderne Demokratie schuf, als er neue Weltanschauungen begründete?

Es gibt nicht zweierlei Fortschritt, wie der Herr Šodža lehrt, aber je nach dem Standpunkt, den der Politiker einnimmt, ist der Fortschritt zerstörend oder aufbauend. Der revolutionäre tschechische Bourgeoisie erschien er anders als der reaktionären. Als er die Demokratie aufbaute, hat er gleichzeitig auch den Monarchismus zerstört. Nun, da er die Klassenherrschaft der Besitzenden gefährdet, indem er Schulen, Volksbildung, Aufklärung, Befreiung der Geister fördert, sieht sie nur die destruktive Seite des Fortschritts. Nun glaubt Šodža es „aufbauenden Fortschritt“ nennen zu können, wenn er, fast jedes Jahr nach dem österreichischen Reichsvolksschulgesetz, die Frage aufwirft, ob eine einheitliche Volksschule geschaffen werden kann; wenn er zwar eine neue theologische Fakultät errichtet, aber keine sechs Millionen für Lehreraufstellungen opfern will. Aufbauender Fortschritt, das ist nach Šodža die Alerikalisierung der Schule, das ist das ewige Aneuern mit dem Gelde, das ist die Schulreform, diktiert von den Bedürfnissen der Finanzverwaltung und der Kirche!

Er wird den Fortschritt darum nicht ausrotten, dieser famose Kulturminister. Er bestätigt nur, daß seine Klasse nicht mehr der Träger des Fortschritts sein kann und will. Er bestätigt nur, daß zerstörender und aufbauender Fortschritt heute Aufgabe allein der proletarischen Politik geworden ist. Und er wird uns nicht hindern können, den Gedanken der Zerstörung einer unerbittlichen Unrechtsordnung, aber mit ihm den größeren des Aufbaus einer besseren, des Fortschritts vom Wohle weniger Besitzender zum Wohle der Allgemeinheit, zum Siege zu führen!

Die Deutschdemokraten auf dem Wege zum Bürgerblock.

Die deutschdemokratische Partei, der bei uns eine starke soziale Basis fehlt, da sie eigentlich nur im größeren Bürgertum daheim, ebenda aber keineswegs herrschend ist, die das wenig populäre Erbe der alten liberalen Partei zu verwalten hat, mußte im Jahre 1925 aus dem parlamentarischen Leben ausscheiden. Es war der Klugheit der unheimlichen, arbeitfeindlichen Politik, der die Deutschdemokraten im Jahre 1925 traf. Sie hatten sich 1920 schon, statt den Kampf um ihre politische Geltung, für ihr Programm zu wagen, den übrigen bürgerlichen Parteien verschrieben und hatten im Parlament dann mit Vorliebe ihre reaktionäre Gesinnung betont. Eine Partei, deren historische Mission es gewesen wäre und die nur in der Erfüllung dieser Mission hätte gedeihen können, die aufklärten, aufständigen, liberal denkenden Leute im Bürgertum, die nachgerade der Vierpartei-Union der verschiedenen nationalen Verbände fast waren, ihrer Klassenlage nach aber zur bestehenden Klasse gehörten, zu sammeln, eine Partei, die sich demokratisch nannte und nur leben konnte, wenn sie sich in Gegensatz zu den reaktionären, nationalistischen und antisozialen Rechtsparteien stellte, hatte weder ihr Programm, noch ihre geschichtliche Aufgabe im Auge, sondern einzig und allein die Sorge um ihre Mandate. Kein Wunder, daß sich die Wähler von ihr abwandten, da sie zu reaktionären Schreibern doch keine demokratische Partei, zur Erzeugung einer fortschrittlichen Atmosphäre nicht den Professor Kassa brauchten. Die Wähler dachten sehr logisch, daß die Deutschnationalen, der Landbund und die Alerikalen das, was die sogenannten Demokraten, viel besser verrichten könnten. So war 1925 eine selbständige Kandidatur der Deutschdemokraten unmöglich geworden. Aber auch die übrigen Bürgerparteien waren unzufrieden genug, keinen Deutschdemokraten auf ihre Listen zu nehmen. Herr Professor Kassa hat ihnen gute Dienste geleistet, er hatte bereitwillig zum Generalangriff auf die Rechten geblasen, nun machte man seine Einheitsfront ohne ihn. Die Demokraten schieden aus dem Parlament aus.

Das muß keineswegs immer das Ende einer Partei bedeuten. Es hatte eine starke und kampfsfähige Sozialdemokratie gegeben, ehe sie im Parlament vertreten war, ja der Aufstieg der österreichischen Sozialdemokratie fällt in eine Zeit, da sie zunächst gar nicht, später mit 14 Abgeordneten im Reichsrat vertreten war. Es kommt auf das Programm, die Haltung und Konsequenz, das geistige und organisatorische Leben in einer Partei an. Als die Aktivisten in die Regierung gingen, hatten die Demokraten freies Feld. Ihre noch immer einflussreiche Presse konnte im Kampfe gegen die aktivistische Schandpolitik eine gefährliche Waffe werden. Zunächst schien es, als ob die Deutschdemokraten tatsächlich als bürgerliche Opposition gegen den Aktivismus Boden gewinnen sollten. Sie kämpften gegen die unsozialen Gesetze, gegen die Verwaltungsreform vor allem, gegen die Alerikalisierung der Schule. Da der Aktivismus auch manchem politisch denkenden bürgerlichen Wider den Strich ging, schieden sie nicht ausgeschlossen, daß sich die deutschdemokratische Partei erhob.

Aber sie kann es nicht erwarten, wieder von Gnaden der anderen Bürgerlichen im Parlament zu sitzen. Sie nähert sich seit den Gemeindevahlen immer unerbittlicher den Aktivisten. Die Landeswahlen rufen heran und die Deutschdemokraten wollen Mandate in den Landesvertretungen haben. Also machen sie einen dicken Strich unter ihre Oppositionspolitik und freunden sich den Herrschenden an mit denen sie gestern noch in hitzigem Kampfe lagen. In verschiedenen Orten haben sie bei den Wahlen mit den Aktivisten gekuppelt, so auch in Prag. Nun haben sie in Saaz sogar eine gemeinsame Liste mit den Aktivisten aufgestellt und diese groteskweise auch noch „Deutsche Volksgemeinschaft“ genannt. Die Schöpfer der Verwaltungsreform, die Kassen des Alerik, bilden mit den „Demokraten“ eine deutsche Volksgemeinschaft! Die Parteipresse der Aktivisten schlug nicht viel Lärm ob dieser brüderlichen Verbündung, aber Kreuzzüge des Magistrats in der von den Regierungsparteien ausgeschalteten Winkelpresse verkündeten es als großen Erfolg des Aktivismus, daß nun die Deutschdemokraten zu ihm heimgelunden haben. Der konfrote Aktivismus greift natürlich nach jedem Strohhalm und empfindet es schon als großen Gewinn, wenn gewisse Reaktionen ihren Ton gegen die Magistrats-Politik mäßigen.

Wie der reale Erfolg aussieht, beweist ja Saaz. Im Jahre 1925 haben die drei Regierungsparteien allein 3686 Stimmen erhalten

(die Demokraten landbieten nicht). Nun haben die vier vereinigten Parteien, Aktivisten und Demokraten, um 541 Stimmen weniger, also 3145, erhalten. Trotz Wahlbündnis mit einer bisher oppositionellen Partei verlor der Hausbesitzerbund ein Siebentel seines Bestandes. Es wird also den Aktivisten wenig nützen, daß sie desdemokratischen Einflusses erhalten und die Deutschdemokraten werden nur die Ehre haben, mit den Regierungsparteien die Prügel zu teilen.

Christliche Arbeiter gegen ihre Führer.

Der christlichsoziale Abg. Dr. Petersilla in der Kammer.

Im Lager der deutschen Christlichsozialen gärt es. Die arbeiterfeindliche Politik der christlichsozialen Parlamentarier stößt in den Reihen der christlichen Gewerkschaften auf heftige Opposition. Die zweideutige Haltung, die in dieser Partei gegenüber den Interessen der Arbeiterschaft bei den parlamentarischen Verhandlungen zum Ausdruck kommt, macht einen Großteil der christlichen Gewerkschaftler stutzig und die Besorgnis, daß diese Mitglieder mißgünstig den christlichen Gewerkschaften den Rücken kehren, veranlaßt Lehre, wie wir dem Hochblatt der Union der Textilarbeiter entnehmen, sich offen gegen diese arbeiterfeindliche Politik der deutschen christlichsozialen Partei zu kehren.

Ein Fall dieser Art tritt in Erscheinung in der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“. In Nr. 7 dieses Organes ist unter anderem auch ein Arbeiterbrief abgedruckt, dessen Verfasser zu dem Verhalten der christlichen Parlamentarier in der Frage der Novellierung des Sozialversicherungsgegesetzes Stellung nimmt. Der Briefschreiber wendet sich besonders gegen den christlichsozialen Abgeordneten Dr. Petersilla, der in der „Grenzpost“ versucht, die Haltung der deutschen Christlichsozialen zur Novellierung des Sozialversicherungsgegesetzes zu rechtfertigen. Dieser Rechtfertigungsversuch scheint aber wenig stichhaltige Argumente zu beinhalten, und der Verfasser des Arbeiterbriefes sagt dem Herrn Dr. Petersilla, wenn auch mit wenig Worten, so doch aber gründlich, seine Meinung. Aus seinen Worten geht deutlich kein Zweifel in die Ehrlichkeit christlichsozialer Parteipolitik gegenüber der Arbeiterschaft hervor. Bezeichnend ist folgende Stelle des Arbeiterbriefes, worin der Verfasser unter Anspielung auf Herrn Dr. Petersilla, der nebenbei bemerkt, auch Priester ist, folgendes sagt: „Der Artikel (in der „Grenzpost“, D. R.) zeigt, daß selbst bei Leuten, die es wissen sollten, noch ein großer Mangel an sozialem Verständnis anzutreffen ist. Ich weiß es, daß Partei und Gewerkschaft nicht das Gleiche ist, aber sagen Sie mir einmal, zu welcher Partei sollen denn die christlichsozialen Arbeiter gehen! Die Sozialisten verhöhnen und verspotten unseren heiligen Glauben und die anderen wissen nichts von unserer Not. Wir Arbeiter müssen verlangen, daß hier einmal gründlich Klärung geschaffen wird.“

Diese, an die Adresse des Herrn Dr. Petersilla gerichteten Worte, sind nicht mißzuverstehen. Das hat dieser Abgeordnete und Priester auch sofort lapidar. In Nr. 8 der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“ versucht er — allerdings ohne Erfolg — zu beschwichtigen. Seine Argumentation, mit der er in der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“ seinen Standpunkt in der leidigen Frage zu rechtfertigen sucht, ist sehr fadenförmig. Das wird ihm ziemlich unverhüllt vorgehalten, und das Blatt erklärt, daß es dem oben erwähnten Arbeiterbriefe zustimmt. Die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ geht aber noch weiter und legt dem Herrn Dr.

Das Ende der Dolchstoßlegende.

Berlin, 21. März. (Eigenbericht.) Der Untersuchungsausschuß des Reichstages hat nach mehrjähriger Arbeit seine Untersuchungen über die Ursachen des Zusammenbruches der Front in den Novembertagen des Jahres 1918 beendet. Bemerkenswert ist es, daß sich der Ausschuss in einer Entschliessung, die mit den Stimmen der Rechtsparteien angenommen worden ist, gegen die sogenannte Dolchstoßlegende wendet. Von Reichstagskreisen ist immer wieder behauptet worden, daß der Zusammenbruch des deutschen Heeres im Herbst 1918 auf die Erdolchung der Front durch die Vordränge im Hinterland zurückzuführen sei. Dieser Auffassung wird von der genannten Kommission widersprochen. Als Ergebnis der Untersuchung wird festgelegt, daß die Schuld

am Zusammenbruch im wechselseitigen Zusammenwirken verschiedenartiger Ursachen zu finden sei.

Eine zweite Resolution befaßt sich mit den Unruhen bei der deutschen Flotte im Jahre 1917 und mit der Gehorsamsverweigerung im November 1918, die den ersten Anstoß zur Revolution gegeben hat. Es heißt darin, daß die Bewegung bei der Flotte erst im Laufe der Zeit politischen Einschlag erhalten hat und daß von einer zentralen Leitung der Bewegung oder von irgendwelchen Zusammenhängen mit politischen Stellen nichts bemerkt worden wäre. Damit wird auch die Behauptung widerlegt, als ob die damaligen Unabhängigen die politische Absicht gehabt hätten, durch einen Putsch bei der Marine die politische Macht an sich zu reißen.

Reichstagswahlen am 20. Mai.

Verzelebliche Intrigen der Deutschnationalen.

Berlin, 21. März. (Eigenbericht.) Bei einer Besprechung, die der Reichstagskanzler mit den Führern der großen Reichstagsfraktionen über die Erledigung der noch ausstehenden Arbeiten abhielt, wurde mitgeteilt, daß die Regierung am 20. Mai als Wahltag für die Reichstagswahlen festhalte. Die Deutschnationalen hatten versucht, die Neuwahlen bis zum Herbst hinauszuschieben, sind aber bei den anderen Regierungsparteien nicht durchgedrungen. Auch ein anderer Vorstoß der Deutschnationalen wurde von der Regierung zurückgewiesen. Sie hatten verlangt, daß eine größere Anzahl von Beamten in höhere Gehaltsstufen eingereiht werden sollte, und glaubten dadurch für ihre Parteigänger eine bessere Versorgung schaffen zu können. Das Kabinett erklärte sich jedoch gegen dieses Verlangen, und auch die einzelnen Fraktionen werden nach den heutigen Erklärungen der Fraktionsführer nicht nachgeben.

Petersilla eine Reihe auf die Verschlechterung der Sozialversicherung bezughabende Fragen vor, deren Beantwortung diesem Apostel der „christlichen“ Lehre nicht möglich sein dürfte. In der Polemik gegen die Auskünfte Dr. Petersillas versteigt sich die „Christliche“ sogar zu der Drohung, daß man nicht gesonnen ist, mit den christlichen Parteipolitikern durch die und dann zu gehen und es wird offen zugegeben, daß die Novellierung des Sozialversicherungsgegesetzes in ihrer jetzigen Gestalt „ein arger Schachzug gegen die Arbeiterschaft“ ist.

Herr Dr. Petersilla und seine christlichen Anbänger werden sich, davon sind wir überzeugt, durch die grossen Stimmen aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften in ihrer arbeiterfeindlichen Haltung nicht beirren lassen. Sie werden weiter Hand in Hand mit den anderen Koalitionsparteien die Politik der Geldsackinteressen machen, ohne Rücksicht auf ihre Arbeiterwähler und ohne Rücksicht auf die christlichen Gewerkschaften, denen es immer schwerer wird, die ob solcher rücksichtsloser Preisgabe der proletarischen Interessen seitens ihrer Führer immer stärker werden Anhänger zu beschwichtigen und sie bei der Stange zu halten. Denn schließlich müssen ja doch dem Arbeiter im christlichen Lager einmal die Augen aufgehen und ihm zum Bewußtsein kommen, was ein ungeheurer Widerspruch zwischen den Worten und Taten ihrer Führerschaft besteht.

Nach drei deutsche Ingenieure in Haft.

Berlin, 21. März. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist von der deutschen Botschaft in Moskau ein neuer Bericht eingetroffen, in dem bestätigt wird, daß der verhaftete Ingenieur Koster nicht Deutscher, sondern Russe ist. Demnach befinden sich also noch drei Deutsche in Haft. Oberingenieur Goldstein wird morgen in Berlin eintreffen und übermorgen der A.E.G. und dem Auswärtigen Amt Bericht erstatten.

Beschleunigung des Prozesses.

Berlin, 21. März. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Moskau: In der letzten Besprechung des deutschen Botschafters mit dem Volkskommissar Tschitscherin wurde die Beschleunigung gegeben, daß das Verfahren gegen die verhafteten Ingenieure so beschleunigt werden wird, daß der Prozeß in etwa drei Wochen stattfinden kann. Ferner wurde für die nächsten Tage einem Volkskommissar die Erlaubnis in Aussicht gestellt, die verhafteten Deutschen im Untersuchungsgefängnis aufzusuchen.

Parlamentarische Ausschüsse.

Gestern, Mittwoch, tagten im Abgeordnetenhaus vier Ausschüsse. Der verfassungsrechtliche Ausschuss setzte die Debatte über das P a h g e s e fort und nahm den § 7, der offen geblieben war, mit den vom Referenten beantragten Änderungen an; ebenso wurde eine Ergänzung zu § 16 vorgenommen. Die Änderungsanträge der Opposition jedoch sämtlich abgelehnt. Genosse A u f m a n n verwies darauf, daß trotz der Änderungsanträge des Referenten die Parteien der Vorlage keineswegs gemildert wurden, und führte des Näheren aus, wie durch die unklare Fassung der wichtigsten Bestimmungen der Willkür der Behörden ein unbegrenzter Spielraum gelassen werde. Ohne Debatte wird der Regierungsentwurf betreffend die Uebernahme der nicht sichergestellten Vorkriegsschuld und der vom Senat abgeänderte Entwurf über die Tilgung von Verurteilungen, in den die reaktionäre Senatsmehrheit beinahe alle wesentlichen Verschlechterungen eingefügt hatte, angenommen.

Der sozialpolitische Ausschuss setzte vor- und nachmittags die Generaldebatte über die Sozialversicherungs-Novelle fort; es kamen die Abgeordneten Lang und Stöckel zu Wort; dann wurde die Debatte auf heute, Donnerstag, 9 Uhr vormittags, vertagt.

Der Immunitätsausschuß behandelte mehr als ein Dutzend Auslieferungsbegehren und be-

schloß die Auslieferung der Abgeordneten Scholich, Stöckel, Garus und Culen.

Im Budgetausschuß wurde die Änderung, die der Senat im § 4 des Gesetzes über die Wechselgebühren vorgenommen hat, gut geheißen und dann die Vorlage betreffend die Uebernahme der nicht sichergestellten Vorkriegsschuld genehmigt. Diese Schuld wird in eine Rente umgewandelt; damit ist die Umwandlung der Vorkriegsschuld, die die Tschechoslowakei nach den Friedensverträgen zu übernehmen verpflichtet ist, beendet.

Der Mieterklub im Senatsausschuß.

Prag, 21. März. Der sozialpolitische Ausschuss des Senates behandelte heute in ganztägiger Sitzung unter dem Vorsitz des Senators J a r o s die Mieterklubvorlage, über die Dr. K a r a s referierte. In der Generaldebatte sprach Genosse L o w, der auch im Laufe der Spezialdebatte, die nachmittags abgeführt wurde, wiederholt das Wort ergriff. Er geriet dabei mit dem Christlichsozialen H i l g e n r e i n e r hart aneinander, dem er vorwarf, daß die Christlichsozialen durch Unterstützung der Mieterklubvorlagen ihre eigenen Anhänger unter den kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleuten den Hausbesitzern ausliefern; die Folgen dieser Politik hätten sich bereits bei den Wahlen in Karlsbad und Fischern in einem Rückgang der Christlichsozialen gezeigt. Hilgenreiner operierte mit der Behauptung, daß die Christlichsozialen in Karlsbad 17 Prozent gewonnen hätten, verweigerte aber dabei, daß diese 17 Prozent einfach durch den Zuwachs der Donauer Wähler zu erklären sind. Spät abends wurde dann auch noch die Vorlage über den Aufschub der exekutiven Räumung behandelt und beide Vorlagen unter Ablehnung aller Änderungsanträge der Opposition genehmigt. Morgen vormittag wird dann das V a u f ö r d e r u n g s g e s e t z in Beratung gezogen werden.

Freispruch im Stranitz-Stirbny-Prozeß.

Brünn, 21. März. (Eigenbericht.) Heute fand vor einem Schöffengericht die dritte Verhandlung in der Ehrenbeleidigungssache des Abgeordneten S t i r b n y gegen den Besitzer der „Ridovs Roviny“ Dr. Jaroslav Stranitzh und gegen den Herausgeber des Blattes Professor Paul B á k a statt. Man erinnert sich noch, daß Dr. Stranitzh einige Tage vor dem Brünnener Parteitag der tschechischen Nationalsozialisten im September 1926, der Stirbny aus der Partei ausschloß, ihn in seinem Blatt beschuldigte, daß er am 26. Juli 1914, also zur Zeit des Kriegsausbruches, mit dem damaligen Abgeordneten V o j n a in der Staatshalterei in Prag erschienen sei und dort eine loyale Haltung des „České Slovo“ für den Fall versprochen habe, daß er vom Militärdienst entlassen werde.

Im Verlaufe des Prozesses legte Stranitzh Aktien (Phonogramme usw.) aus dem ehemaligen Ministerratpräsidium in Wien vor, in denen sich tatsächlich Angaben über die Intervention Stirbnys und Vojnas befanden. Dagegen behauptete Stirbny, an diesem Tage die Sommerfrische Bürglich nicht verlassen zu haben, was auch einige Zeugen bestätigten. Zwecks Einvernahme neuer Zeugen wurde die zweite Verhandlung im September 1927 vertagt.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurden die Akten neuerdings verlesen, da die Zusammensetzung des Senates geändert ist. Der erste Zeuge Dr. S i r o v n aus Bürglich, bestätigte, daß sich Stirbny an dem betreffenden Tage in dem Ort aufgehalten habe. Der Beamte der

Copyright bei Berlin-Verlag G. m. b. H., Heidelberg.

Julius.

Der Roman eines Revolutionärs-Abenteurers von

Alexej Tolstoj.

Zwei Wochen sind seit dem unglücklichen Abend im Wald vergangen. Die Russen auf Kaski hatten nicht nur die Erlaubnis bekommen, Konstantinopel zu besuchen, sondern auch dorthin überzusiedeln, falls sie auf die Nahrungsmittelversorgung verzichten wollten. Nun lebte Semjon Iwanowitsch bereits die zweite Woche im Zentrum von Galata. Die Verhältnisse mit dem Geld hatte man ihm wohl geräthet, aber keine Pfennige hatten nicht gezahlt, daß er in seinen Hosenstaschen noch ein Säckchen mit dem Rest des Panditengeldes versteckt hatte — fünfzehn goldene Jekhrubelstücke.

Mit diesem kläglichen Rest lebte jetzt Semjon Iwanowitsch im Hotel „Die Perle des Ostens“, einem verfallenen alten Bau, überfüllt mit Prostituierten, Dieben, Zuhältern, besessenen Matrosen und einer Menge unsicherer Persönlichkeit von brauner Gesichtsfarbe.

Von den fünfzehn Goldstücken hatte sich Semjon Iwanowitsch zwölf in einem Säckchen um den Hals geknüpft, wo er sie geizig verwahrt hielt; sie waren sein letzter Einfluß fürs Leben. Er näherte sich von allem, was ihm gerade unterkam, trieb sich den ganzen Tag bei den Wechselgeschäften umher, bei den Ketten und Tragketten, wo die Händler ihre Waren ausstreckten, hörte zu, erlernte den konstantinischen Jargon, lernte mit der Ringe schnalzen und die Augen nach oben heben.

Die Betrachtung all dieser Händler, Wechsel-

und Börsenmakler zeigte ihm, daß dies durchwegs anständliche Beschäftigungen waren. In einem Restaurant Dienst zu tun, Arbeit im Hafen anzunehmen oder Stiefel zu putzen schien ihm langweilig, ermüdend und ebenfalls wenig einträglich zu sein. Es blieb nur Kommissionarbeit, die seinem Geschmod und seinen Fähigkeiten am besten entsprach.

Semjon Iwanowitsch begann im kleinen. Seiner Nachbarin Ischak Mameh, einer Magd, die vom rechten Weg abgekommen war und die man am Vorabend im Hafen bis aufs Hemd ausgezogen hatte, schlug er vor, ihr einen Karavanserai zuzuführen. Sie hatte nicht einmal Kleider, um auf die Straße zu gehen.

Niewosnow lief zu den Landungsplätzen der Schiffe, und radebrechend wandte er sich auf levantinische Art an einen karilosen jungen Russen mit aufgestakelter Junterdisziplin, der eben aus Land gestiegen war, um das geschäftige Treiben zu beobachten: „Russe, willst Mädchen aus dem Zuhälterhaus? Waj!“ Und er schnalzte mit der Zunge, verdrückte die Augen nach oben. „Schnytschisch, aromatisch, ganz Madagaskar. Waj, waj, waj — aj, aj... Folge mir!“

Der Junge wurde ganz rot, dann murmelte er lächelnd: „Was läßt du mich da vor, du hübsches Schenk?“ Aber er folgte Semjon Iwanowitsch in die „Perle des Ostens“.

Bei seinen Versuchen, diese Kommissionsarbeit mehr zu entfalten, stieß Semjon Iwanowitsch auf starke Konkurrenz. Ein Kerl aus Etnari drohte sogar, ihm die Geldsäcke aus dem Leib zu reißen. Es blieb nichts anderes übrig, als sich mit kleinen Anspielchen zu begnügen.

Außer Ischak Mameh lernte er noch zwei Schwestern kennen — Mulattinnen, mit Namen Kise und Zamba. Manchmal verdiente er bereits fünf Lire pro Tag.

Ein anderer an seiner Stelle hätte sich wie im Paradies gefühlt, sich gut angepasst, vornehm gekleidet, Laßkappe gekauft. Semjon Iwanowitsch aber war, wie schon bekannt, eine trübselige, unruhige Natur. Er konnte die Prophezeiung der Jägerin nicht vergessen und scharte immerzu seine kümmerlichen Einnahmen zusammen, um sie in dem Säckchen an der Brust zu verwahren, in der festen Ueberzeugung, daß ihn das Schicksal wenigstens noch einmal im Leben in die Höhe bringen werde. Aber bisher war das Schicksal erbarmungslos gewesen. Es gab Minuten, wo Semjon Iwanowitsch müde wurde. So auch jetzt, wo er an eine Laterne gelehnt stand und angeekelt aus halbgeschlossenen Lidern auf das Menschengebilde sah, das von Pera über die Brücke nach Stambul ging — und von Stambul nach Pera, sich bei den Tragbreitern Wechselgeschäften und Kalkschellen der Tram herumtrieb. Die Sonne brannte, der Wind trug den Mist über das holprige Pflaster, an den Landungsplätzen warteten Barken und Boote. Alles war ihm zuwider.

„Parasiten“, dachte Semjon Iwanowitsch, „Gaukler — nicht ein einziger anständiger Mensch unter ihnen... mit Petroleum übergehen und anzünden, alle, samt der Stadt und samt der sogenannten Zivilisation...“

Heute ging das Geschäft besonders schlecht. Eben gingen zwei englische Matrosen vorbei. Semjon Iwanowitsch sagte ihnen in ausdruckslos euro-päischem Ton: „Gau du ju du, guter Chaman, schick, schick — wolle wuh?“

Aber sie wandten sich nicht einmal nach ihm um. Bei der Laterne blieb ein schwächlicher Russe stehen, um sich die Zigarette anzuzünden, mit strengen Zügen graumeliertem Haar und einer schiefen Schramme auf der Wange. Semjon Iwanowitsch sagte zu ihm: „Wohlan, Auf, ich habe Odalische, sympathische, aromatische...“

Aber der Russe schaute auf gut heimatische Art und ging keines Weges weiter. Auch ein Versuch an einem französischen Korporal m. h. glückte, der mit Niewosnow in seiner Sprache zu reden begonnen hatte, ihm sogar wohlwollend auf die Schulter klopfte und keine wie mit rotem Wein überglänzenden Augen rollen ließ. Semjon Iwanowitsch verpackte den richtigen Augenblick und auch dieser Mann ging ihm verloren. Griechen, Armenier, Italiener, Rumänen, Levantiner huschten vorbei, zwinkerten mit den Augen und spuckten infolge des heftigen Staubes. Fürsten kamen nur selten vorbei, da um jene Zeit fast überhaupt keine Fürsten in Konstantinopel waren.

Semjon Iwanowitsch wollte schon seinen Standort ändern, als plötzlich ein riesiger, glattrasierter Mensch in schmierigem Ziegelwuchsmantel in Schweiß gebadet und aufgeregt auf ihn losstürzte. Er blieb stehen, sah ihn prüfend an, öffnete den Mund, der voll mit Goldzähnen war, und brach in ein riesiges Gekicher aus. Es war Nikischew...

„Gras!“ schrie er, „du bist's? Hast dich rasieren lassen, Gundersohn? Was treibst du hier?“

„Ich handle mit Frauen“, antwortete Semjon Iwanowitsch.

„Ach, laß das! Ich habe einen prächtigen Plan. Komm, laß mich erzählen!“

Die Straße, in die Nikischew und Semjon Iwanowitsch einbogen, befand sich im Zentrum von Galata. Sie war schmal, hatte keinen Gehsteig und war mit alten Steinplatten gepflastert. Es war ein recht verfallener Ort.

(Fortsetzung folgt.)

Prager Statthalterei Kofar erinnert sich an eine Intervention Stifbrnys, weiß aber auch das beiläufige Datum nicht mehr anzugeben. Der junge Ellenar erzählt, daß er im Jahre Ende Juli 1914 zur Statthalterei begleitet habe, wo er mit Stifbrny zusammenkam. Ellenar habe die beiden dann erwartet. Der Bruder des Zeugen bestätigt diese Darstellung. Dagegen erklärt Kofar, er wäre am 26. Juli nicht in der Statthalterei gewesen: mit Stifbrny zusammen habe er aber überhaupt niemals dort interviewiert.

Nach kurzer Beratung verwarf der Gerichtshof alle Beweisanträge der beiderseitigen Rechtsvertreter und verkündete das Urteil, durch das Dr. Stranzky und Vasa freigesprochen werden und Stifbrny die Zahlung der Prozesskosten auferlegt wird. Stranzky sei zwar der Wahrheitsbeweis nicht gelungen, da Zeugen ausliegen, die die Möglichkeit der Intervention Stifbrnys in der Statthalterei ausschließen, dafür hätte er aber den Wahrscheinlichkeitsbeweis durch Vorlage der Akten aus dem Wiener Bundeskanzleramt erbracht und außerdem sei ihm auch die Verleumdung öffentlicher Interessen zuzubilligen. Der Vertreter Stifbrnys meldete dagegen die Nichtteilnahme an.

Die veraltete Gewerbeordnung.

Genossin Kirpal für eine zeitgemäße Änderung des § 82.

Im Gewerbeausschuß des Abgeordnetenhauses stand gestern die Gewerbeordnung für die Slowakei und Karpathenland, sowie ein Antrag der Gewerbetreibenden auf Erleichterung des Alkoholverbotes an Wahltagen zur Debatte. Zur Gewerbeordnung referierte Retolich (tsch. Nat.-Soz.), der die Annahme der Vorlage beantragt, trotzdem er mit den Änderungen nicht ganz einverstanden ist. Sein Parteigenosse Tusch nennt den Antrag sogar ein Kuriosum, das in ein Museum gehöre; trotzdem stimmt er und seine Parteifreunde für die Vorlage! Genossin Kirpal wendet sich gegen die Bestimmungen über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, die längst veraltet, unmoralisch und unmenschenlich sind. Nicht selten entlassen die Unternehmer, sich auf diese veralteten Bestimmungen stützend, die Hilfsarbeiter ohne jeden Grund. Genossin Kirpal unterbreitet hierzu einen Abänderungsantrag zu § 82 der Gewerbeordnung, der folgenden Wortlaut hat:

„Vor Ablauf der ausdrücklich oder stillschweigend bedungenen Dauer des Arbeitsverhältnisses kann ein Hilfsarbeiter ohne Kündigung in folgenden Fällen sofort entlassen werden, wenn er:

- a) ohne einen rechtmäßigen Grund während einer den Umständen nach erheblichen Zeit die vereinbarte Arbeitsleistung unterläßt oder sich beharrlich weigert, die vereinbarten Arbeiten zu leisten, oder sich den durch den Gegenstand der Arbeitsleistung gerechtfertigten Anordnungen des Arbeitgebers oder seines Stellvertreters nicht fügt;
- b) wegen Verbrechens, eines Vergehens oder einer Übertretung aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit rechtskräftig verurteilt wurde;
- c) sich einer Mißhandlung des Arbeitgebers oder seines Stellvertreters oder eines Mitarbeiters schuldig gemacht hat;
- d) nach Ablauf der Zeit, für welche er nach dem Gesetze Anspruch auf Krankengeld hatte, die Arbeit ohne rechtmäßigen Hinderungsgrund nicht wieder auftritt.

Nichteistung der vereinbarten Arbeit infolge Streiks oder Aussperrung berechtigt nicht zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses auf Grund der Bestimmung des Absatzes 1 lit. a).

Der Antrag wird jedoch abgelehnt und die Vorlage in der Fassung des Referenten angenommen.

Widerung des Alkoholverbotes am Wahltag.

Eine längere Debatte entspinnt sich über das Alkoholverbot an Wahltagen. Die Gewerbetreibenden verlangen, daß nur am Wahltag selbst bis 6 Uhr abends der Alkoholausschank verboten sein soll und leisten sich in der Begründung die unglaublichsten Sachen. Genossin Kirpal wendet sich auch gegen diese Vorlage, doch wird die Vorlage gegen die Stimmen der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, der Kommunisten und der tschechischen Nationalsozialisten angenommen. Es ist leider nur zu beklagen, daß die Angehörigen der Regierungsparteien die das Alkoholverbot so durchgreifend mildern wollen, nach den nächsten Wahlen nicht allzuviel Ursache haben werden, sich einen Freudentausch darüber zu verschaffen. Ein tüchtiger Rajenjammer dürfte sich aber auch ohne vorhergehenden reichlichen Alkoholgenuß ganz von selbst einstellen!

Für die Altpensionisten. In der gestrigen Sitzung der Klubmänner des Senates wurde der Senator Genosse Dr. Heller die Vorlage des Altpensionistengesetzes und betonte, daß mit Rücksicht auf die Lage der Altpensionisten die rasche Erledigung des Gesetzes notwendig sei. Wenn die Vorlage des Altpensionistengesetzes verzögert wird, so ist es nur die Schuld der Regierungsparteien, die die Beratung dieses Gesetzes im Budgetausschuß verhindert haben.

Eine nationalsozialistische Gewerkschaft

und wie sie die Patentkrenzer selbst beurteilen.

Vor einiger Zeit brachten wir eine ausführliche Darstellung der Spitzelwirtschaft in den österreichischen Vertrieben und der Rolle, die eine nationalsozialistische Gewerkschaft, die „Deutsche Arbeitergewerkschaft“ in der Obersteiermark spielt. Wir zeigten, daß der Wiener Industriellenverband diese „Gewerkschaft“ finanziert, daß er ihre Sekretäre ernannt und bezahlt, daß die industriellen Scharmacher von der Verwendbarkeit der Nationalsozialisten und von guten Diensten reden, die diese ihnen geleistet hätten. Wir forderten im Anschluß an die Schilderung des sauberen Gewerbes der österreichischen Patentkrenzer den „Tag“ und unsere Nationalsozialisten auf, sich entweder zu ihrer feinen Bruderpartei zu bekennen, oder offen von ihr abzurücken. Der „Tag“ versuchte, beides zu tun. Er rückte empört von der gekauften Arbeitergewerkschaft ab und drückte seiner Bruderpartei in Österreich kein Vertrauen aus. Daß diese nämlich mit der gelben Gewerkschaft etwas zu tun habe, leugnete er. Er schrieb:

„In der Tat brachte die „Arbeiter-Zeitung“, das Zentralorgan der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, vor einiger Zeit Enthüllungen über die „Großdeutsche Volkspartei“ — eine liberal-nationale Partei, die sich schon durch ihr Zusammenarbeiten mit Spitzel selbst charakterisiert — und gegen den „großdeutschen“ Abgeordneten Graiser, der ein Spitzelwesen organisiert und scheinbar auch die dazugehörigen gelben Gewerkschaften schuf. Wir haben von den Angriffen der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ nicht die geringste Notiz genommen, da wir weder den Abg. Graiser, noch die „Großdeutsche Partei“ — mit der unsere nationalsozialistische Bruderbewegung in Österreich in dauerndem Kampfe steht — zu schätzen brauchen sind. Nun hat aber der Prager „Sozialdemokrat“ wieder eine wahre Glanzleistung verlogener Demagogie fertig gebracht. Unter dem zweifelhafte Titel „Nationalsozialistische Gewerkschaft“ und dem Untertitel „Ein Kapitel gelber Schande aus Österreich“ veröffentlicht das Blatt eine Zusammenstellung der Äußerungen, aus denen hervorgeht, daß tatsächlich eine „Deutsche Arbeiter-Gewerkschaft“ durch Vermittlung des großdeutschen Abgeordneten Graiser Geldmittel von Industriellenverbänden erhalten hat. Der „Sozialdemokrat“ aber verschweigt mit Absicht, daß es sich um großdeutsche, also bürgerliche Organisationen und Abgeordnete handelt, mit denen die Nationalsozialisten gar nichts zu tun haben.“

Der „Tag“ gab also zu, daß die „Deutsche Arbeitergewerkschaft“ eine gelbe Organisation ist, daß sie von Industriellen Geldern lebt, daß sie eine von jedem Arbeiter zu verachtende Marodeurgruppe darstellt. Er leugnet nur, daß sie nationalsozialistisch sei.

Feierlich erklärte das Blatt des Krebs dann nochmals:

„Die deutschen Nationalsozialisten Österreichs haben mit dem großdeutschen Abgeordneten Graiser, der Großdeutschen Partei und der großdeutschen „Deutschen Arbeiter-Gewerkschaft“ niemals etwas zu tun gehabt. Es ist ein unerhörte Demagogie und Gewissenlosigkeit, diese Vorgänge unserer Bewegung anzudichten.“

Hören wir, was uns dazu unser Wiener Gewährsmann schreibt:

„Dr. Jakob Tring Graiser war ursprünglich nationalsozialistischer Eisenbahnbeamter. Er trat vor etwa 7 bis 8

Jahren zu den Großdeutschen über, wurde großdeutscher Nationalrat und Führer der nationalen Arbeiter und Angestellten, die in den nationalen Gewerkschaften organisiert sind. Diese Gewerkschaften, auch wenn sie national sind und sich keiner bestimmten Partei verschrieben haben, stehen ganz unter dem Einfluß der Nationalsozialisten.“

Graiser ist auch Ehrenobmann der Deutschen Verkehrsgewerkschaft (Eisenbahner), deren Mäher die Nationalsozialisten Eril. Gangelmayer, Gattermayer und Haubenberger sind. Die „Deutsche Arbeitergewerkschaft“, von der in den beiden letzten Artikeln der „Arbeiter-Zeitung“ die Rede war, ist ein rein nationalsozialistisches Gewächs.

Ihr Hauptmacher ist der Singer nationalsozialistische Gemeindevorstandesrat Edinger, ihr geschäftsführendes Vorstandsmitglied der nationalsozialistische Arbeiterrat Broch.

Die „Arbeitergewerkschaft“ ist das Organisationsreservoir für alle Branchen, für die es nicht eigene Gewerkschaften gibt. Die Mitgliederzahl ist ganz gering, etwa 1200 in der ganzen Republik, sie hat einen ziemlich großen Verwaltungapparat, der ausschließlich aus Spenden und Subventionen der Unternehmer und der Unternehmerverbände erhalten wird. Es ist also festzuhalten, daß der Großdeutsche und frühere Nationalsozialist Graiser im Auftrage der Unternehmer für die von den Unternehmern gehaltenen nationalsozialistischen Gewerkschaften Zutrittsdienste machte.

Die Deutsche Arbeitergewerkschaft ist rein nationalsozialistisch, darüber gibt es keinen Streit, das leugnen auch gar nicht die Funktionäre dieses Vereines.

Die Deutsche Arbeitergewerkschaft wird von den Unternehmern bei Konflikten dazu verwendet, um Uneinigkeit bei den freigewerkschaftlich organisierten hervorzuwirken. Solche Fälle haben sich besonders in Oberösterreich ereignet.“

Unser Berichterstatter schreibt uns endlich noch, daß sich die österreichische nationalsozialistische Presse über die feierliche Äußerung gründlich ausgelassen habe. Dem „Tag“ blieb es vorbehalten, sich zu blamieren.

Denn nun hat er selbst die Gewerkschaft, deren Geschäftsführer, eben jener Edinger, der ständig mit den Unternehmern unterhandelt, nationalsozialistischer Gemeindevorstandesrat von Linz ist, deren Vorstandsmitglied ein nationalsozialistischer Arbeiterkammer-Mitglied ist, eine gelbe Gewerkschaft genannt. Nun hat er den Graiser, der zwar nicht mehr Nationalsozialist, aber immer noch Ehrenobmann der größten nationalsozialistischen, der Eril-Gattermayer-Gewerkschaft ist, selbst einen Unternehmeragenten genannt. Gründlicher konnte das Organ unserer Nationalsozialisten sich nicht vernehmen. Es hat offen zugestanden, daß die österreichische Bruderpartei unserer Nationalsozialisten mit gelben Gewerkschaften verschwört, daß wichtige Funktionäre der österreichischen Nationalsozialisten gleichzeitig die Organisationsleiter der gelben Gewerkschaftsbewegung sind. Man wird sich diese Bestände für gut merken ebenso etwa wie das Faktum, daß der Herr Dr. Broch aus Wien, der Arrangeur aller Patentkrenzer, ein Wiener Hochschulan und der Organisator einer Technischen Hochschule, die längst als Streikbrechertruppe gegründet wurde, im Rahmen der Prager nationalsozialistischen Organisation einen Vortrag hält! Und wollte ihn der „Tag“ trotzdem abschütteln wie die gelbe Arbeitergewerkschaft, wir werden ihm den Körper wie den Edinger und den Gattermayer nicht ersparen, wenn von der nationalsozialistischen „Arbeiterbewegung“ die Rede sein wird!

der Courtisane und der Solidarität des Rechtsanwaltsstandes der ganzen Welt einen kraftvollen Protest gegen solches Vorgehen, das der notwendigen Berufsfreiheit des Rechtsanwalts widerspricht, beilegend für die Würde der Verteidigung und in absolutem Gegensatz zur Gastfreundschaft, die das Pariser Parreau und die französischen Parreaus gewohnt sind, fremden Advokaten gegenüber zu beachten.“

Lohnhöhung auf den Reichsbahnen.

Berlin, 21. März. Amstich wird mitgeteilt: Im Lohnstreik bei der deutschen Reichsbahngesellschaft wurde von der Schlichterkammer unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs a. D. v. Möltenberg heute im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt. Der Schiedsspruch sieht für die verschiedenen Lohnsätze eine Erhöhung der geltenden Grundlöhne von drei bis fünf Pfennig für die Lohngruppe 3 vor. Die Löhne der übrigen Lohngruppen erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis, der Zuschlag für die Leberzeitung soll 25 Prozent betragen. Diese Lohnregelung soll erstmalig zum 31. März 1929 anwendbar sein.

Tagesneuigkeiten.

Frühling in der Fabrik.

Die Verchen, welche über deinem Kopfe ziehn, sind stumm für dich. Vom Sonnenschein, der draußen lacht der Wiesen Grün,

da scheiden Mauern dich. Um dich ist nur der Arbeit Schrei, der jeden andern laut rüdt.

Hast jemals wohl in deinen Tagen des Lebens Lächeln du erblickt?

Doch — doch! Dein Auge hängt voll Born wohl an der Arbeit Zwang, der weder, wieder sich in dein Bewußtsein drängt.

Mit Blüten aber sagt die Zeit der segnenden Sonne Dank.

Und es raumelt durchs offene Fenster ein Blüten-Mätschen herein, mitten in Qual, Born und Sehnen, wie lichter Sonnenschein.

Ob nur das Järnen, die Sehnsucht in deiner Brust dir brennt?

Gebären sie nie den Willen in dir, zu kämpfen, zu ringen,

nach einer Zeit, wo dein ist aller Verchen Zugen, der Zeit, die nicht mehr Schranke und Fessel kennt? Nicht Born und Sehnsucht nur, der Wille glüht in deinen Augen

nach einer Zeit, um mit des Frühlings Wang dich vollzungen.

Hans Honheiser.

Ein kommunistischer Parteiführer der Mörder des Abgeordneten Zabolin?

Der „Ostauer Morgenzeitung“ wird aus Kaschau berichtet: Der kommunistische Parteiführer Johann Saxon wurde unter dem Verdachte, den Abgeordneten Zabolin seinerzeit ermordet zu haben, der Kaschauer Staatsanwaltschaft eingeliefert. Die Verhaftung Saxons erfolgte auf Grund privater Aussagen des gewissen kommunistischen Parteisekretärs Tesarik, der erzählte, Saxon wäre wenige Tage nach der Ermordung Zabolins im Parteistafe erschienen, wofür er mitteilte, daß er Zabolin aus politischen Gründen getötet hätte. Saxon hätte damals von Tesarik Geld verlangt, um ins Ausland zu flüchten. Tesarik habe sich damals sofort an den kommunistischen Abg. Fidoral gewendet und ihn gefragt, was nun zu tun sei, d. h. ob man Anzeige erstatten sollte. Fidoral hätte dem Tesarik daraufhin geraten, bei der Parteileitung in Prag von dem Falle Meldung zu erstatten. Die Parteileitung in Prag solle nun angeraten haben, vorläufig von einer gerichtlichen Anzeige Abstand zu nehmen, aber gleichzeitig die Auflösung der kommunistischen Gruppe in Binnu und die Einföhrung aller Parteilegitimationen dortselbst angeordnet haben. Auch sei Saxon befohlen worden, aus dieser Gegend zu verschwinden. Die Befehle zieht selbstredend die Möglichkeit in Rechnung, daß Tesarik sich bei seiner Anzeige gegen Saxon von irgendwelchen persönlichen Motiven leiten läßt. Andererseits muß sich Tesarik der Folgen einer falschen Anzeige bewußt sein. Saxon kann allerdings kein Alibi für den Abend, an dem die Mordtat geschah, erbringen. Auch sein Raupgewehr kann er nicht vorzeigen, da er es, wie er erklärt, einem ihm unbekannten Mann zur Reparatur übergeben habe. Der Unbekannte hätte ihm jedoch das Gewehr nicht mehr zurückgebracht.

Gelbenbegehrnisse.

Unsere Genossen Hans Joll und Polach haben an den Minister für nationale Verteidigung eine Interpellation gerichtet, die folgenden Standesfragen vorfall bei der Bestattung eines verstorbenen Soldaten beim Artillerieregiment Nr. 258 in Troppau zum Gegenstand hat:

Anfangs Mai starb beim Artillerieregiment Nr. 258 in Troppau der Soldat Anton Hirsch an einer Lungenerkrankung. Als sich seine Angehörigen in Troppau zum Begräbnis einfanden, fanden sie den Verstorbenen noch offen im Sarge vor. Wie groß war aber die Überraschung, als sie sahen, daß der Sarg der Leiche nicht in den Sarg gezwängt war. Der Sarg war um 20 Zentimeter kürzer als der Leichnam. Auch der Kopf des Toten war jederseits mit großer Gewalt zur Seite gekloppt worden, so daß ein begründeter Verdacht besteht, daß dem Soldaten dabei das Genick gebrochen worden ist. Außerdem lag der Tote barfuß im Sarge und war mit der denkbar schlechtesten zerstückelten Uniform bekleidet, der man wahrscheinlich im Garnisonsspital habhaft werden konnte. Die Uniform war so schäbig, daß sie kein Trödler gekauft hätte. Im Sarge fehlte auch ein Papierpolster, so daß der tote Soldat auf eine geradezu ekelerregende Art und Weise, wie es bei Mördern kaum der Fall ist, begraben wurde. Als die Mutter des Toten sah, wie pietätvoll mit dem Leichnam ihres unglücklichen Sohnes umgegangen wird, wollte sie diesen auf eigene Kosten begraben lassen, was ihr jedoch verweigert wurde!

Wird der Minister Verfügungen treffen, daß derartige unerhörte Vorfälle nicht mehr vorkommen?

Pariser Anwälte gegen die rumänische Justizschande.

Mehr als 100 Advokaten des Pariser Appellationsgerichtes haben an Herrn Dobrescu, Präsident der rumänischen Advokatenkammer, an Herrn Duca, rumänischen Innenminister, an Herrn Briaud, Minister für auswärtige Angelegenheiten, an Herrn Papu, Befehlshaber in Bukarest, ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Die unterzeichneten Rechtsanwälte am Appellationsgericht von Paris sprechen ihren Kollegen Maurice Jucker und Rene Dubert ihre Sympathie aus, die aus Rumänien ausgewiesen wurden, wohin sie zur Verteidigung vor dem Kriegsgericht in Bukarest gereist waren.“

Ueberzeugt von ihrer vollständigen Korrektheit, erklären sie, daß ihnen die Maßnahmen, deren Objekt ihre beiden Kollegen waren, als eine Verletzung der Rechte der Verteidigung erscheint und der Verlust, den die rumänische Gerechtigkeit gemacht hat, sie einem Verhör zu unterziehen, als ein unerträglicher Mißbrauch.

Sie erwarten von ihren rumänischen Kollegen, auf Grund des Appells an die Traditionen

Devientur'e.

Prager Kurie am 21. März.

	Preis	Wert
100 holländische Gulden	1868.87	1922.37
100 Reichsmark	303.75	309.75
100 Belgas	488.75	471.75
100 Schweizer Franken	548.68	551.68
1 Pfund Sterling	164.29	165.29
100 Lire	177.70	179.10
1 Dollar	83.66	82.86
100 französische Franken	182.27	183.47
100 Dinar	31.13	30.63
100 Bengas	588.22	591.22
100 polnische Zloty	377.75	380.75
100 Schilling	478.44	479.44

Kommunistische Ehrabschneider vor Gericht.

Die Kommunisten haben es sich zur Pflicht gemacht, die leitenden Angestellten der freien Gewerkschaften bei jeder Lohnbewegung zu belästigen (siehe Vergewaltigung). Es wurde festgestellt, daß zu diesem Zweck vertrauliche kommunistische Zirkel zusammenberufen werden, in welchen dann persönliche Verunglimpfungen ausgeübt und dann den kommunistischen Zellen anbefohlen wird, diese unter die Arbeiterschaft zu lancieren. Diese persönlichen Verunglimpfungen wiederholen sich bei jeder Lohnbewegung automatisch, aber besonders dort, wo die Kommunisten nur einen kleinen Einfluss haben. Während des Seidenarbeiterstreikes wurde gegen die Funktionäre der Union ebenfalls ein persönlicher Verunglimpfungsfeldzug geführt. Besonders hatten sie es auf den Genossen Zimmer und den Genossen Richter in Sternberg abgesehen. Der Genosse Richter hat seinerzeit gegen einige solcher kommunistischen Klagen angeklagt durch welche diese dann Ehrenverluste erlitten haben mußten oder bestraft wurden.

In einer Versammlung in Römerstadt beschimpfte und belästigte Herr Machel, kommunistischer Sekretär der Sektion der Textilarbeiter, den Genossen Zimmer, welcher dann die Klage gegen Herrn Machel anstrebte. Bei der ersten Verhandlung in Römerstadt wurden vom Genossen Zimmer vier Zeugen geführt, welche die ausgesprochenen Belästigungen und Verunglimpfungen des Herrn Machel bestätigten, während der kommunistische Sekretär, Herr Machel, eine ganze Reihe Zeugen aufmarschierte, welche die Beschimpfungen bestritten, daß sich die Äußerungen auf den Genossen Zimmer bezogen. Die Verhandlung in Römerstadt wurde zwecks weiterer Zeugenführung vertagt. Genosse Zimmer führte vier weitere Zeugen, die Kommunisten noch eine ganze Anzahl Beschimpfungen wurde Herr Machel in Römerstadt vom Bezirksgericht wegen widersprechender Zeugenangaben freigesprochen. — Gegen diesen Freispruch wurde vom Genossen Zimmer Berufung eingelegt und nun wurde am 15. März l. J. in Anwesenheit Herr Machel, kommunistischer Textilarbeitersekretär, zu einer Strafe von 14 Tagen Arrest durch je eine Hofe verurteilt und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

Der gleiche kommunistische Sekretär Machel hatte am 19. Jänner l. J. in einer Versammlung in Döbbs bei Grottau den Textilarbeitersekretär der Union Genossen Erich, ebenfalls beschimpft und belästigt. Das Bezirksgericht in Krakau verurteilte Herrn Machel am 9. März d. J. zu einer Strafe von acht Tagen Arrest oder eine Geldstrafe von K 160.— und zur Tragung sämtlicher Projektskosten.

Daraus ist zu ersehen, daß die Kommunisten nur von Verdächtigungen leben. Wenn sie dann dafür einstehen sollen, sind sie nicht in der Lage, den Wahrheitsbeweis zu erbringen, sondern sie streiten ihre Äußerungen ab und wollen nichts gelogen haben.

Um solchen Leuten das Handwerk legen zu können, ist es notwendig, daß die Mitglieder der Union, falls Gerichte über die Funktionäre der Union zur Zeit von Lohnbewegungen angestreut werden und Zeugen vorhanden sind, dieselben sofort festzustellen und den betreffenden Funktionären bekanntzugeben, damit sie in der Lage sind, Ehrabschneidern das Handwerk zu legen. Dies ist um so notwendiger, weil die Kommunisten in engen Zirkeln die Gerichte austreten, damit durch diesen Zirkel die Gerichte wieder in den Betrieben verbreitet werden können. Wenn auch die kommunistischen Arbeiter als unschuldig freigesprochen zu betrachten sind, so ist es trotzdem notwendig, sie festzustellen, damit die Funktionäre in der Lage sind, sie zur Verantwortung zu ziehen.

Die Kommunisten leben nur vom persönlichen Kampf und nennen einen solchen Kampf „revolutionär“.

§ 144.

Prag, 20. März. Das Gemeindeamt in Wetzlar verständigte am 19. Oktober 1927 die Staatsanwaltschaft, daß die Frau des Brauers Slovák vor zwei Tagen gestorben sei und daß der Tod nach Angaben des Arztes durch eine ungeschickte Frucht-Abtreibung verursacht worden sei. Die gerichtliche Obduktion ergab als Todesursache eine Blutver-

giftung. Auf Grund einer Anzeige wurde die Geburtshelferin Barbara J. als diejenige bezeichnet, welche die Abtreibung vorgenommen haben soll. Die Frau wurde von der Genbarmerei einvernommen und gestand nach längerem Zeugnis, eine Manipulation an der Frau des Brauers vorgenommen zu haben. Der Gemeindevorsteher war antwortend, als die Assistentin sich zur Tat bekannt hatte.

In der heutigen, vor dem Prager Straßengericht des OLG. Roman durchgeführten Verhandlung erklärte die angeklagte Genbarme, daß sie sich seinerzeit nur deshalb zur Tat bekannt habe, weil ihr mit der Verhaftung gedroht wurde, wenn sie nicht gestehe. Um der Fast zu entgehen, bekannte sie sich zu der Tat. Sie habe an der Frau des Brauers absolut keine Manipulation vorgenommen, die den Tod der Frau verursacht haben könnte. Sie wurde hingerufen, nachdem die Frau bereits einen Abortus gehabt hatte, den sie ihr zeigte und hier hätte sie dann auf Wunsch der Gebärenden eine harmlose Ausspülung vorgenommen. Wohl aber hätte sich die Schwangere schon früher über Schmerzen beklagt.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Geburtshelferin entschieden in Abrede stellte, die Abtreibung vorgenommen zu haben, mußte sie natürlich freigesprochen werden.

Eine umständliche Exekution.

Prag, 20. März. 265 K, nicht weniger und nicht mehr, sollte das Ehepaar Horáček in Zlín an die Versicherungsgesellschaft „Legie“ bezahlen. Es zahlte aber nicht und wurde daher verklagt. Die Versicherungsgesellschaft ließ eine Exekution durchführen, die das Amtsdorgan, ein Herr Jan Hus — gleichen Namens wie der tschechische Märtyrer — vornehmen wollte. Auch auf den Exekutor Hus hatten bei den Horáček's unangenehme Leiden. Frau Horáček verurteilte ihm ein paar Schläge über den Rücken, der junge Sohn expedierte den Herrn Hus zur Türe hinaus und der Vater beteiligte sich lebhaft an der Attacke. Heute stand die Mutter wegen dieses Vorfalls vor dem Einzelrichter OLG. Knautz. Wegen den Vater mußte die Anklage fallen gelassen werden, weil er inzwischen irrsinnig wurde und in die Landesirrenanstalt eingeliefert wurde. Auch der Sohn konnte sich heute nicht verantworten, da er sich inzwischen in Amerika niedergelassen hat. Also blieb bloß die Mutter für die Tat verantwortlich übrig. Die Frau erhielt heute sechs Wochen bedingt.

Kunst und Wissen.

Prager Konzertsaal.

Nach jahrzehntelanger Tradition gehört im Prager Konzertsaal der Monat März in erster Linie den künstlerischen Produktionen der Gesangvereine; sie besetzen uns immer den Chorsängling in den Prager Konzerten, der die Wälder winterlichen, ersten Studiums erschließt. Zwei deutsche und ein tschechisches Chorsongstett leiten ihn heuer ein. Der gemischte Chor der Prager deutschen Lehrer- und Lehrerinnen-Vereinsanstalt hatte ein den Musikromantikern Mendelssohn, Schubert und Schumann gewidmetes Konzert im „Urania“-Saal veranstaltet, bei dem unter der liebevollen Leitung Prof. Emil Bejceň's Chöre von Mendelssohn und Schubert zum Vortrage gelangten, zwischen denen der bekannte Prager Bassist Prof. Dr. Chm. Fiedler von Schubert und Schumann sang. Prof. Bejceň, der schon als Chorleiter des Smichower deutschen Männergesangsvereins wiederholt erfolgreich im Konzertsaal tätig war, dessen ausgezeichnete organisatorische und pädagogische Kraft auch die Schaffung der Chorschule der Prager Deutschen Musikakademie zu danken ist, hat auch diesen gemischten Chor der Lehrmittelschulen zu einer beachtenswerten gesangskünstlerischen Vereinigung herangebildet, die bedeutendes Gesangs-echisches Können und musterhafte Disziplin besitzt. — Proben chorgesanglicher Tüchtigkeit gab in einem Liedabend auch der Männerchor des Holleschöwitzer Deutschen Sängerbundes, der seit einigen Jahren schon unter der bewährten Führung Prof. Vietzmann's steht. Das Programm dieses Chorsongkonzertes enthielt Chöre von Brahms, Schubert und Schumann sowie Felix Mendelssohn-Bartholdy und auch ein vereinsamtes Volkslied. Schade, daß dem Volksliede nicht mehr Berücksichtigung zuteil wurde; denn gerade Männerchöre, die nicht über ein allzu reiches Stimmensmaterial verfügen, sollten sich in erster Hinsicht an die Pflege des dankbaren und immer wirksamen Volksliedes halten, das in der Männerchorliteratur in wunderbaren Original-Volksliedern und ausgezeichneten Bearbeitungen hinreichend vorhanden ist. Solisten des Konzertes waren die in Vortrag und Stimmbehandlung gleich gut beratene Tschecher Sopranistin Wally Horner und der von den Veranstaltungen der Prager Deutschen Musikakademie bestens bekannte Bassist Rudolf Graf. — Höchste Vollendung im Vortrage und vollkommenste chorgesangstechnische Fertigkeit offenbarte wieder der Prager tschechische Sängerkor-

„Smetana“ im einem Konzert, das er unter der temperamentsvollen Leitung seines vorbildlichen Chormeisters Prof. Franz Spilka vor seiner Konzerttournee nach Frankreich und der Schweiz im Smetanasaal veranstaltet hatte. Das ebenso prachtvolle wie gezielte Programm wies neben verschiedenen älteren, neueren und modernen tschechischen, französischen und russischen Männerchören auch zwei deutsche Chöre, Schubert's „Geisterchor“ und des zeitgenössischen Berliner Liedersängers Karl Rämpf überaus schwierigen Chor „Morgen an der Elbe“ auf. — Unter den übrigen Konzerten der Berichtszeit nahm das größte Interesse eine Konzertmatinee in Anspruch, die die Solisten des tschechischen Nationaltheaters zugunsten des Bataule-Institutes arrangiert hatten und deren Vortragordnung ausschließlich dem tschechischen Schaffen des tschechischen Komponisten Dvořák diente. Die solistischen Darbietungen bestritten die Sängerkinnen Kordenova, Petanova und Kozova sowie die Herren Mařal, Pollert, Konstantin, Jenil, Daniel, Xaroz und Prof. Roman Veselý. Auch der Bataule-Chor selbst beteiligte sich an der Matinee durch den Vortrag zweier Chorsongkompositionen. — Auch an Solistenkonzerten war diesmal kein Mangel. Die Sensationsveranstaltung unter ihnen war ein Lieder- und Arienabend des hervorragenden tschechischen Bassisten Wilhelm Jitel, der neuerdings durch die vornehme Art seines Vortrages und die wirklich ideale Kultur seines Gesanges begeisterte. — Ansonsten war das Klavier das bevorzugte Konzertinstrument. Von hervorragender künstlerischer Art war insbesondere ein Klavierabend moderner französischer Tonkunst, den die französische Pianistin Jane Warkier im „Mozartium“ gab. Sie spielte nicht nur ein äußerst instruktives Programm moderner französischer Klavierkunst von Satie bis Poulenc, sondern gab zu diesem auch vorher die nötigen mündlichen Erklärungen. Als Pianistin war sie eine würdige Vertreterin der auf Klavierdifferenzierung bedachten Pariser Schule. — Ein tüchtiger, durchaus unentbehrlicher Pianist lernte man in der Amerikanerin Josefina Rosanoff kennen, die ihr Programm Bach, Chopin und den Modernen gewidmet hatte. Als interessante Novität brachte sie eine Sonate von Alban Berg, dem Schöpfer des vielumstrittenen Musikdramas „Wozzeck“, zum Vortrage, die als Opus 1 dieses Tonsetzers aber noch wenig von seiner musikalischen Revolutionen Art spüren läßt. — Rudolf Firkusný, der namentlich vollkommen überlegende junge tschechische Pianist, konnte bereits seinen zweiten Klavierabend absolvieren, bei dem er ebenfalls Proben seiner staunenswerten Improvisationskunst gab. — Nach langer Zeit ließ sich auch wieder einmal der Cellist Max Alt hören, der seinerzeit dem Lehrkörper der Prager Deutschen Musikakademie angehörte, gegenwärtig aber als Konzertkünstler die Welt bereist. Der schöne, seelenvolle Ton des Künstlers und seine ausgeglichene, brillante Technik verhalfen ihm auch diesmal zum verdienten Erfolg.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7½ Uhr: „Leone“ (132-4). Freitag, 7½ Uhr: „La Traviata“ (135-3). Samstag, Urania-Klassikervorstellung. 2½ Uhr: „Biel Särm um nich“ 7 Uhr: „Ezardasfürst“ (134-2). Sonntag, Kulturabend. 2½ Uhr: „Graf von Luxemburg“ 7 Uhr: „Verkaufte Braut“ (133-1). Montag, Abschied Louis Jilling. 7 Uhr: „Polenblut“ (130-4).

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Olga von der Wolga“ Freitag, Kulturabend: „Der letzte Ritter“ Samstag: Gosseloffene Vorstellung (kein Kartenvorverkauf). Sonntag, 3 Uhr: „Stöpsel“ 7½ Uhr: „Mann und Kind“ Montag, Volksbesuchen I: „Biel Särm um nich“.

Vorträge.

Professor Lieke (Zürich) über Francesco Goya. Der bekannte Wiener Kunsthistoriker Professor Hans Lieke sprach Dienstag in der Prager Urania über den großen spanischen Maler und Graphiker Francesco Goya, dessen Todestag sich heuer zum hundertstenmal jährte. Nach einer längeren Zeit künstlerischer Unfruchtbarkeit, die auf das goldene Jahrhundert der spanischen Malerei (vom Aufstehen des Greco in Spanien bis zum Tode des Murillo) gefolgt war und die in dem wirtschaftlichen und politischen Niedergang unter den Bourbonen ihre Erklärung findet, ersticht dem spanischen Volke, und zwar aus einem früher an der Kulturentwicklung wenig beteiligten dem aragonischen Stamme wieder ein großer Künstler. Goya (1741-1828) begann als Zeichner und Maler von Gobelins-Entwürfen, die ihn zur Befassung mit italienischen und französischen Mustern mit Tiepolo, Watteau und Fragonard zwingen. Es scheint, daß seine Radierungen nach Werken des Velasquez aus dem Bestreben wachen, zur nationalen spanischen Kunst heimzukehren.

und sich in der besonderen Eigenart zu festigen. An der Hand zahlreicher und sehr gut gewählter Lichtbilder zeigte Professor Lieke, wie sich in Goya die Elemente der französischen und italienischen Genremalerei mit der nationalen spanischen Tradition, besonders mit dem Einfluß des Velasquez vermischt. Beide erfordern aber eine durchaus originelle Wandlung durch das künstlerische Temperament Goyas, den der Vortragende als den eigentlichen Vater der modernen Malerei bezeichnet. Sowohl die Impressionisten, vor allem Ebermann, Stead und Monet (diesem betreffend wurde das an einer verblüffenden Ähnlichkeit des Motivs und der Komposition zweier Hinrichtungsszenen bei Goya und Monet gezeigt), als auch die jüngste Ausdrucksform kann sich auf Goya berufen und hat von ihm gelernt. Die Impressionisten schulten ihren Farbensinn an derartigen Radierungen Goyas, lernten aus seiner Art, Licht und Schatten zu komponieren, den Expressionsismus ist seine Art, besonderen Erlebnissen Ausdruck zu geben (in den „Capriccios“ etwa) Vorbild und Rechtfertigung geworden. Soweit dies in einem einzelnen Vortrag mit einem immerhin beschränkten Bildmaterial möglich war, gelang es dem Vortragenden ausgezeichnet, ein Bild der Persönlichkeit und der künstlerischen Bedeutung Goyas zu geben, vor allem auch auf die lebendige Wirkung dieses Künstlers in unserer Zeit gebührend hinzuweisen.

Turnen und Sport.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein, Prag.

Einladung

zu der am Dienstag, den 27. März 1928 im Rosenhaale des Vidovy Dum (Prag II., Hobernka) um 8 Uhr abend stattfindenden

halbjährigen

General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung:

1. Berlesung des Protokolls.
2. Berichte der Funktionäre.
3. Unsere Sommer-Turnfahrten.
4. Neuwahl der Vereinsleitung.
5. Allgemeines.

Turngenossen! Turngenossinnen!

Die Regelmäßigkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung sowie die weitere erfolgreiche Entwicklung unseres Vereines erfordern Euer vollständiges und pünktliches Erscheinen zu dieser Generalversammlung.

Für die Vereinsleitung:

Viktor Cenekel, m. p., Wenzel Jaksch, m. p., Schriftführer. Domann.

Ans der bürgerlichen Sportbewegung.

Das Ländermatch Österreich-Tschechoslowakei wird am 1. April in Wien stattfinden: Hugo Weigl, der eigens nach Prag fuhr, um die Tschechen umzustimmen, hat da also einen Erfolg erzielt. Es fragt sich nur, was er dafür als Gegenleistung gewähren mußte. Das kommt wohl noch nach. Immerhin hat Weigl erreicht, daß auch die Sparta erklärt hat, sie werde dem tschechischen Team ihre Spieler nicht vorenthalten.

Abgelehnt! Der Österreichische Professionalverband plante ein „akademisches Länderspiel“, ein Reizspiel des Studentenspiels mit Italien und wählte als Austragungsort Klagenfurt. Daraufhin hat nun der Kärntner Fußballverband beschlossen, das Spiel mit Rücksicht auf die Verdrängung der Deutschen in Südtirol in Klagenfurt nicht zuzulassen. Der Beschluß soll in Italien und auch beim Wiener Verband große Aufregung verursacht haben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. Druck: Deutsche Zeitungs-Druck-Gesellschaft in Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Schölk. Prag. Die Zeitungsmarkterfassung wurde von der k. u. k. Telegraphen-Druckerei mit Ulrich Str. 127 (44) VII 27 am 14. März 1927 bewilligt.

Proletarische Wohnkultur

Anne von Bloch.

Mit

Abbildungen K 4—

Volksbuchhandlung

Tepitz-Schönau

Königsstraße 13

Papierhandlung

Direkt gegenüber dem

„Neuen Stadttheater“

Hühneraugen

Hornhaut besetzt

in einigen Tagen nur

VITEK'S

„Anticornein“

Eine Flasche K 6—

Zu haben in Apo-

theken u. Drogerien

Allein echt von

Fr. Vitek & Co., Prag II.

Vodickova 33.

Mutter, Frau

Robert und Elise Kolinsky geben schmerzgebeugt im Namen aller Verwandten Nachricht von dem Ableben ihrer innigstgeliebten, guten

REGINA KOLINSKY

Die Beerdigung fand am Mittwoch, den 21. März 1928 um halb 3 Uhr nachmittags von der Leichenhalle des Israel. Friedhofes in Strassnitz au: statt. Kondolenzbesuche werden dankend abgelehnt.

Durch ein Versehen ist diese Partie gestern nicht erschienen.